

Lampertheimer Zeitung vom 10.06.2005

"Lampertheim hat kein Geld für Variante II"

Stadtverordnetenversammlung beschäftigt sich heute mit Straßensanierung in Neuschloß

NEUSCHLOSS "Die Gemeindevertreter üben ihre Tätigkeit nach ihrer freien, nur durch Rücksicht auf das Gemeinwohl bestimmten Überzeugung aus und sind an Aufträge und Wünsche der Wähler nicht gebunden" (Hessische Gemeindeordnung, Paragraf 35). Will die Spargelstädter Stadtverordnetenversammlung diese vom Gesetzgeber garantierte und in der Hessischen Gemeindeordnung definierten Unabhängigkeit bei ihrer Sitzung am heutigen Freitag demonstrieren?

Zum Streitthema könnte sich die Altlastensanierung Neuschloß, genauer die Entscheidung über den Umfang der Sanierung der Straßen im Wohngebiet auf der ehemaligen chemischen Fabrik, entwickeln.

Weil das Land Hessen bislang nicht mehr als die im Rahmen ihrer "freiwilligen Leistung" zugesagten 2,08 Millionen Euro für die durch die Sanierung beschädigter Oberflächen (Asphaltdecken, Gehwegbeläge, Bordsteine) bezahlen will, muss die Stadt alle weitergehenden Sanierungsmaßnahmen selbst finanzieren. Magistrat, der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss sowie der Haupt- und Finanzausschuss hatten sich bei ihren Sitzungen mehrheitlich auf die Sanierungsvariante II (unsere Zeitung hat darüber wiederholt berichtet) verständigt.

Diese Variante sieht einen Austausch des kontaminierten Erdreichs im Bereich der Trassen für Versorgungsleitungen bis in eine Tiefe von zirka 1,4 Metern vor. Das würde bedeuten, dass Versorgungsleitungen in schadstofffreiem Erdreich liegen würden und bei Reparaturarbeiten frei zugänglich wären. Bei Realisierung dieser Variante II müsste die Stadt rund zwei Millionen Euro investieren.

Geld aufnehmen?

Geld, das sie wegen wegbrechender Steuereinnahmen und Zuweisungen nicht hat und deshalb auf dem Kapitalmarkt aufnehmen müsste. Nach den Voten des Magistrats und der Ausschüsse ist die Stadtverordnetenversammlung die letzte und alles entscheidende Instanz.

Entscheidung aussetzen?

Wie im Vorfeld der Sitzung zu hören war, soll es im aus CDU, FWG, FDP und Grünen gebildeten Regierungsbündnis Bestrebungen geben, die Entscheidung auszusetzen und den Magistrat zu beauftragen, umfassendere Unterlagen als Entscheidungshilfen vorzulegen. Dabei gehe es auch um die schriftliche Fixierung der Beteiligung der Versorgungsunternehmen an den Sanierungskosten. Die öffentliche Sitzung der Lampertheimer Stadtverordnetenversammlung beginnt heute um 19 Uhr im Sitzungssaal des Stadthauses.

(Von Wolfgang Werry)